

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M.2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M.240

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die belegte Zeile ober deren Raum berechnet

# 362 000

Mit dieser Nummer überschreitet unser Blatt die höchste Auflagezahl, die es früher jemals hatte.

### Der Friede der Gewalt.

Am 28. Juni ist in Versailles der Friede unterzeichnet worden. Es ist ein Friede der Gewalt, ein Friede, der das deutsche Volk und besonders die deutschen Arbeiter der Knechtschaft der Entente ausliefert. Millionen Deutsche werden mit Gewalt von ihrem Vaterland getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt, darunter Tausende und Abertausende Arbeiter, die mit uns Schulter an Schulter in unseren Organisationen gekämpft und die mit allen Fasern ihres Herzens an deutscher Kultur und am deutschen Volke hängen. Deutschland wird seiner Kolonien und eines großen Teils seiner heimischen Rohstoffgebiete beraubt; man hat ihm seine Handelschiffe genommen, man nimmt ihm einen großen Teil seiner Produktionsmittel, ja sogar seiner knappen Vorräte fort und legt ihm eine Kriegseinsparung von hunderten von Milliarden auf.

Damit zwingt man das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus zur Fronarbeit für die Entente. Die Werte, die früher der deutsche Arbeiter für sich und die deutschen Kapitalisten geschaffen hatte, sollen in Zukunft zu einem sehr großen Teil den Ententekapitalisten zugute kommen. Das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft soll hungern, indes sich der Ententekapitalismus an deutscher Arbeit und deutschem Fleiß bereichert. Die Entente mißt sich sogar in die inneren Verhältnisse Deutschlands ein. Eine in Paris residierende, aus 5 Ententevertretern bestehende Wirtschaftsaufsichtskommission wird für die pünktliche Eintreibung des festgelegten Tributes sorgen. Sie wird in Zukunft nicht nur den deutschen Handel und das deutsche Wirtschaftsleben, sondern auch das deutsche Finanz- und Steuerwesen kontrollieren und die eigentliche Herrscherin Deutschlands sein. Ohne ihre Einwilligung wird Deutschland von nun an keine Finanzen, Steuern und Sozialpolitik mehr betreiben können. Deutschland ist heute zwar formal noch selbständig; aber in Wahrheit ist es eine halbe Kolonie der Entente.

Die deutsche Regierung hat trotz alledem diesen Schandfriedensvertrag unterzeichnet. Sie hat ihn unterzeichnet, obwohl sie weiß, daß sie ihn nicht halten kann. Sie hat ihn unterzeichnet mit Rücksicht auf das deutsche Volk. Sie mußte ihn unterzeichnen, weil das deutsche Volk seine Möglichkeit mehr hat, sich mit den Waffen in der Hand gegen die Gewalt der Entente zur Wehre zu setzen. Sie mußte ihn unterzeichnen, wenn sie nicht durch eine neue Wadade Millionen Deutscher dem Hungertode aussetzen wollte. Die Entente hat die Unterzeichnung des Friedensvertrages erpreßt. Es ist so gekommen, wie wir es während des ganzen Krieges bei einer Niederlage Deutschlands befürchtet haben: Das deutsche Volk wird zum Sklaven der Entente. Begreifen nun die Kollegen, die uns wegen unserer Kriegspolitik so viel geschmäht haben, daß diese Kriegspolitik kein Gewinnbringer, kein Nationalismus und kein Verrat an den Interessen der deutschen Arbeiter war? Daß diese Haltung dilliert war von der Sorge um das deutsche Volk und von den Interessen der deutschen Arbeiterschaft? Viele werden das auch heute noch nicht begreifen, weil sie in ihrem politischen Fanatismus die Wahrheit nicht sehen und nicht sehen wollen. Aber wir sind überzeugt: Auch sie werden noch einsehen, daß unsere Haltung richtig war, daß es ein Verbrechen war, dem deutschen Volk in den Rücken zu

fallen und auf eine Niederlage Deutschlands hinzuarbeiten. Diejenigen, die das getan haben, haben eine schwere Verantwortung vor dem deutschen Volk und den deutschen Arbeitern auf sich genommen!

Der Friedensvertrag ist unterzeichnet. Er wird vom deutschen Volk niemals als Recht anerkannt werden. Er wird für uns niemals mehr sein, als ein Dokument der schandbarsten Erpressung. Das deutsche Volk und ganz besonders die deutsche Arbeiterschaft wird sich von der Entente nicht dauernd verflauen lassen. Dazu hat sie ihre alten Tyrannen in eigenen Lande nicht gestützt, um sich nun von Ausländern unterjochen zu lassen. Und dazu sucht sie ihre wirtschaftliche Ausbeutung nicht zu befestigen, um die Früchte ihrer Arbeit ausländischen Kapitalisten vor allem hat Deutschland zum freiesten Lande der Welt gemacht. Sie ist im Begriff, auch die wirtschaftliche Demokratie durchzuführen und aus den Trümmern, in die der Krieg unsere Wirtschaft gelegt hat, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Sie wird sich niemals damit abfinden, daß ausländische Kapitalisten sie erneut ihrer Freiheit, ihres Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtes zur Verwirklichung des Sozialismus berauben. Sie wird den Kampf gegen den Ententeimperialismus aufnehmen und nicht eher ruhen und rasten, bis der Imperialismus und Kapitalismus der ganzen Welt beseitigt ist und wirklich Glück und Frieden auf Erden herrscht.

### Wohin des Weges?

Betrachtungen zu unserer gegenwärtigen Lage.

Die in unserem ersten Artikel geschilderten sehr schlimmen Zustände sind eine Gefahr für unser Volk und gleichzeitig eine Gefahr für die Revolution. Es bedarf für einen vernünftigen Menschen keines Beweises, daß der Sozialdemokratie in Folge dieser Zustände viele Anhänger verloren gehen. Es gewinnt dadurch die Ansicht an Boden, daß die sozialistischen Theorien nicht durchführbar seien, weil ihre Durchführung an der Unzulänglichkeit der Menschen scheitere. Wenn es nicht bald gelingt, die Arbeiterschaft allgemein zur Arbeit zu veranlassen, für die Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, in den Städten für Ruhe und Ordnung zu sorgen und das Volk durch rasche Arbeit ausreichend zu ernähren, ist ein völliger Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung unermesslich. Schon heute ist die Zustimmung mit den gegenwärtigen Zuständen lächlich im Wachsen. Oftmals hörte ich von weniger aufgeregten Arbeitern und Arbeiterinnen in letzter Zeit sagen, daß Zustände, die sie jeglichen, unter dem alten Regime niemals möglich gewesen wären, und selbst von alten organisierten und mit im Vordergrund der Bewegung stehenden Arbeitern hört man häufig die Meinung vertreten, große Teile der deutschen Arbeiter seien nicht einmal für die demokratische Freiheit, geschweige für den Sozialismus reif; sie hätten sich geduldet, so lange sie unter dem alten Regime lebten, sie hätten sich nicht nur wohl, wenn über ihnen die Peitsche eines Diktators schwebte. Die deutsche Arbeiterschaft hat alle Ursache, zu vergebem, daß diese Stimmungen und Meinungen weiter um sich greifen und daß Zustände eintreten, bei denen nicht nur die alten Reaktionen, sondern auch große Teile der Arbeiterschaft eine neue Militärherrschaft, die im Innern für Ruhe und Ordnung sorgt, als Erlösung von einem unerträglichen Druke begrüßen.

Daß die Gefahr einer solchen Wendung durchaus noch nicht außerhalb aller Möglichkeit liegt, ist nach meiner Überzeugung absolut sicher. Die Regierung selbst war einmal infolge der Gefahren an der Südgrenze des Reiches, dann aber auch infolge der Treibereien der Spartakisten und Kommunisten und infolge der wachsenden Unsicherheit im Innern des Reiches: infolge der Aufstände, Plünderungen, Mäuerereien und Putzche, schließlich auch infolge der vielfach zutage getretenen Unsicherheit der hier und dort ins Leben gerufenen republikanischen Soldatenwehren usw., in der Zwangslage, sich durch die Verwendung der Offiziere des alten Regimes und der Reste der alten Armee selber das Instrument schaffen zu müssen, das ihr und der Revolution einmal sehr gefährlich werden kann.

Daß sich die Anhänger und Anhänger des alten Regimes durchaus noch nicht mit den Neuerungen abgefunden haben, daß sie nach der Zurückgewinnung ihrer Herrschaft trachten, darüber ist doch hoffentlich kein Arbeiter im Zweifel. Ich selbst hatte kürzlich die Gelegenheit, auf der Reise ein Gespräch von Anhängern des alten Systems zu befehlen. „Es ist doch einfach untraglich“, erklärte da eine Dame (Frau eines Offiziers), „daß sich 25 Millionen gebildete Deutsche von Leuten regieren lassen sollen, die keine Kinderluse gehabt haben, daß ihnen Soldat, Schriftfeger und ähnliche Leute befehlen wollen.“ „Glauben Sie, meine Gnädige“, antwortete ihr ein ehemaliger Offizier, „das wird nicht mehr lange dauern. Die Geschichte geht jetzt erst noch eine Zeitlang nach links, und das ist gut so, das können wir nur unterstehen. Je schneller das geht und je schlimmer die Verhältnisse werden, um so rascher und gründlicher wird der Umschwung sein.“ Und dann erzählte er von den Grenzschutzgruppen im Osten, die so zuverlässig und so fest in der Hand ihrer Führer seien, daß sich diese im gegebenen Augenblick absolut auf sie verlassen könnten.

Kann man daran zweifeln, daß dieses Gespräch für das Denken der Reaktionen typisch ist? Und ist man angefechtigt des Befremdisses, je schneller es nach links geht, desto rascher und gründlicher werde der Umschwung sein, nicht zu der Annahme berechtigt, daß das Treiben der Spartakisten und Kommunisten, das Treiben der Putzschiffen und Plünderer von dieser Seite gefördert wird? Ich glaube jedenfalls, daß hier mancher Zusammenhang besteht und daß für die Arbeiter die äußerste Wachsamkeit geboten ist. Denn es ist in der Tat so: je schlimmer und unerträglicher durch das Verhalten der Arbeiterschaft, durch die Bagatelung des Verkehrs, durch die Zerrüttung des Erwerbslebens, durch die Steigerung der öffentlichen Unsicherheit usw. für die Volksmassen die Verhältnisse werden, um so größer werden die Wünsche der Reaktion auf einen Umschwung der Volkstimmung. Wie wandelbar die Stimmung bei einem großen Teil unseres Volkes ist, das haben wir ja während des Krieges und der Revolution zur Genüge erfahren.

Was ist angesichts dieser Dinge zu tun? Man sagt: es ist vor allem für Brot zu sorgen. Die Streiks wie die damit im Zusammenhang stehenden Unruhen, Aufstände, Plünderungen usw. seien eine Hungerkrantheit, sie würden verschwinden, sobald der Hunger, sobald unsere jegige Not beseitigt sei. Das ist bis zu einem gewissen Grade zweifellos richtig. Aber wie soll der Hunger beseitigt werden, wie sollen wir aus der jeglichen Not herauskommen, wenn uns die Menschen, die die Träger einer Besserung sein sollten, immer tiefer ins Elend hineinziehen? Hier kann nach meiner Überzeugung nur Aufklärung, und zwar Aufklärung in größtmöglicher Weise, helfen. Ich meine hier nicht die Aufklärung, wie sie von den verschiedenen Presseabteilungen unserer Behörden betrieben wird. Tant der schamlosen Fressföhler des deutschen Volkes durch die



alten Regierungsbehörden während des Krieges herrschte gegen das, was von dieser Seite kommt, bei einem sehr großen Teil des deutschen Volkes noch immer das größte Mißtrauen, zumal von diesen Behörden auch heute nicht immer geschieht gearbeitet wird. Die Aufklärungsstätigkeit mußte vielmehr die sozialdemokratische Partei in Verbindung mit den Gewerkschaften in die Wege leiten. Von der Presse und von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationsfunktionären wird gewiß in dieser Beziehung schon heute sehr viel getan. Aber was da geleistet wird, genügt nicht, zumal, wie schon betont, gerade in volkswirtschaftlichen Fragen ein Teil unserer Leute nicht voll auf der Höhe ist. Ich glaube, man sollte außer der Tätigkeit der Funktionäre in Versammlungen und Presse eine allgemeine Aufklärungsstätigkeit durch Einrichtung wissenschaftlicher Kurse in die Wege leiten. In diesen Kursen sollten vor allem die wirtschaftlich noch bildungsunfähigen Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften selbst teilnehmen, außer ihnen aber ein möglichst großer Teil der Unterintendanten aus Werkstat und Fabrik, Leute aus den Arbeiter-, Soldaten- und Beamtenräten, kurz: möglichst viele von jenen Leuten, die einen Einfluß auf große Massen ausüben und damit die Geschicke unseres Volkes und Staates mitbestimmen in der Lage sind. Wir alle wissen, daß ein demokratischer Staat nicht auf der Gewalt der Waffen, sondern nur auf der Vernunft, auf der wirtschaftlichen und politischen Einsicht seiner Bewohner beruhen kann. Ohne das wird und muß er zugrunde gehen.

Ich weiß, daß die Einrichtung solcher Kurse jetzt schwierig ist, weil es unsern Funktionären an Zeit und weil es ferner an geeigneten Lehrern fehlt. Aber bei dem, was für uns, für die Arbeiterklasse, für unser ganzes Volk auf dem Spiele steht, sollte nichtbedenkenwerter alles aufgegeben werden, um uns so rasch als möglich einen jungen, energischen, wissenschaftlich erfahrenen Nachwuchs heranzuziehen. Dieser Nachwuchs soll nicht nur durch Verbreitung von wirtschaftlichem und politischem Wissen unter der Arbeiterschaft zur Rettung der Revolution beitragen, sondern wir brauchen zur Überwindung der mannigfachen Verwaltungsschwierigkeiten durch die Hinüberführung zu geordneten Verhältnissen behoben sind. (Nach einem Artikel von H. Gellinger im 2. Heft der „Neuen Zeit“.)

**Das richtige Augenmaß.**

Das Schlimmste für einen Menschen, eine Klasse oder ein Volk ist die Ueberschätzung seiner Kraft und seiner Macht. Wenn ein Mensch irgend etwas unternimmt und dabei etwas leisten will, was seine Kräfte übersteigt, so muß er notwendig Schiffbruch leiden. Gerade so muß es auch einem Volke, das das richtige Augenmaß verliert für sein Können, das seine eigene Kraft überschätzt und die Widerstandsfähigkeit der Feinde unterschätzt. Das deutsche Volk brach schließlich trotz aller Lüstigkeit und Eiferfreudigkeit zusammen, weil man es in den Wahn einfließen ließ, es werde infolge seiner, den Kämpfern einer Welt voll Feinden auf die Dauer siegreich bestehen zu können. Als es den Zerfall ein sah, stürzte es von der Höhe der Siegesgewissheit in den Abgrund der Verzweiflung. Die Ueberschätzung des eigenen Könnens und die Unterschätzung der Widerstandsfähigkeit fremder Hölle rührt sich in jedem Falle an den Menschen und den Völkern. Schon mancher Mensch, der den Himmel für einen, und manches Volk, das die Welt erobern wollte, ist mit zerbrochenen Schwingen am Boden liegengelieben.

Als die deutsche Arbeiterklasse in einem siegreichen Ansturm die finsternen Mächte des Militarismus und des Monarchismus übertrann und der freiheitlichen Entwicklung die Bahn geöffnet hatte, wurde natürlich das ohnehin schon stark ausgeprägte Selbstbewußtsein über das normale Maß hinaus. Es bemächtigte sich weiler Schichten der Bevölkerung ein wahrer Machtwahn, und es bildete sich vielfach ein proletarisches Proletariat aus, das dem kapitalistischen Proletariat nichts nachgab. Während die hauptsächlichste und schwierigste Aufgabe, der Aufbau des Staates, der Gesellschaft und des Wirtschaftslebens im Geiste der sozialen Demokratie erst noch bevorstand, lebte der Glaube in den Massen, wie seien bereits über den Berg hinweg und wir könnten nunmehr mit beiden Füßen in das sozialistische Zukunftsland hineinspringen. Man verlor das richtige Augenmaß für die noch zu überwindenden Schwierigkeiten und im Bewußtsein überhöhter Kräfte sah man die Verwirklichung des Sozialismus in nächster Nähe. Zugleich mit der Ueberschätzung des eigenen Könnens, das man leidet mit dem Willen verwechselt, vermaß man, daß auch in den andern Schichten der Bevölkerung noch Kräfte und Fähigkeiten vorhanden waren, die der Entwicklung zum Sozialismus dienlich gemacht werden können und müssen. Man wollte eben alles erreicht werden können und wissen. Fremde Hölle, weil man die Weltfälligkeit und die Wertlosigkeit unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens nicht kannte. Jedes Kompromiß wurde als unwürdig und

unbillig verworfen, das deutsche Proletariat sollte aus eigener Kraft den Tempel der Zukunft errichten.

Schon nach kurzer Zeit brach sich allmählich die Einsicht Bahn, daß diese Ueberschätzung der eigenen Kraft die deutsche Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution bringen müßte, und es wurde die Erkenntnis, daß die Arbeiterbewegung nicht einseitig sein könne. Die Mehrheitssozialisten, in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften, zogen auch bürgerliche Männer und Frauen heran, weil andernfalls die Wiederaufrichtung unseres durch den Krieg arg gerüttelten Wirtschaftslebens und seine Sozialisierung unmöglich war. Weil die Unabhängigen diesen Weg des Kompromisses grundsätzlich ablehnten, verurteilten sie sich selbst zur Unfruchtbarkeit und zur Ohnmacht, während die Sozialisten ihre Ohnmacht in sinnlosen Streits und in einer wahnwichtigen Zerknirschung ausübten. Daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterkraft mit der unabhängigenparteilichen Politik nichts zu tun haben will und die Methode der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Richtung billigt, hat sie durch ihre Stimmabgabe bei den Parlaments- und Arbeiterratswahlen zur Genüge kundgegeben. Es wäre ja auch wunderbar, wenn es anders wäre, denn glücklicherweise wohnt in den durch die Organisationen aufklärten und geschulten Arbeitern Deutschlands ein stark ausgeprägter Wirklichkeitsinn. Gewiß gibt es auch — leider! — bei uns genug Proletarier, die da in Illusionen leben, die sich Luftschlösser bauen und nach Sternen heischen, die da wohnen, sie könnten in den sozialistischen Zukunftsland mit einem klugen Sprunge hineinspringen, aber die vernünftigen und denkenden Arbeiter wissen ganz gut, daß die Straße im Dorf fließen und daß man sich in den Zukunftsland nicht mühelos hineinschleichen muß. Sie haben aus Erfahrung gelernt, daß uns die gebrochene Taube nicht ins aufgesperrte Maul fliegen, sondern daß wir das soziale Weltbild, das verheißungsvoll vor unsern Wänden liegt, Schritt für Schritt erobern und daß wir um jeden Fußbreit dieses Zukunftslandes kämpfen müssen.

Es kann gar nicht dringend genug vor einer Ueberschätzung der Macht des Proletariats und vor einer Unterschätzung der Macht des Kapitals gewarnt werden. Gerade in einer Zeit wie der heutigen, in der allerlei Gauner und Schwindler das große Volk führen und dadurch die Masse zu den unvernünftigen Dingen verleiten, kommt es darauf an, Besonnenheit zu predigen und die Notwendigkeit zu betonen, daß wir mit beiden Füßen auf dem Boden der Tatsachen stehen. Nicht der Leiste dem deutschen Proletariat im allgemeinen und dem deutschen Proletariat in besonders einen Dienst, der es umschmeichelt und mit trügerischen Hoffnungen umgarnet, sondern der dient ihm, der ihm die Wirklichkeit zeigt und die Wahrheit sagt. Dieser Dienst am Volke muß geleistet werden von allen, die es gut mit ihm meinen, die da nicht wollen, daß die grünen Hoffnungswägen der Revolution durch Jammer und Wirrnis zerplatzt werden. Das bedeutet keineswegs, daß wir die Hand in den Schoß legen und uns mit den bisherigen Erregungsphasen der letzten Monate begnügen sollen, im Gegenteil, es gilt immer weiter zu arbeiten und im Eifer für die soziale Neugestaltung der Dinge nicht nachzulassen. Aber bei allem, was wir unternehmen, dürfen wir keinen Augenblick vergessen, wie weit wir in dem gegebenen Zeitpunkt vorwärtschreiten können. Kein schätziges Dahinwinken, aber auch kein tolles Dahinwinken, kein Wortwortschreien im Falle des Kräfteverlustes, kein Vorwärtsschreiten nach der Weise eines irrsinnigen Amokläufers, der alles über den Haufen rennt, was sich ihm in den Weg stellt, nein, das richtige Maß halten, Beherrschung mit Besonnenheit paaren — das ist die Taktik, die uns zum Ziele führen wird. Hoffentlich dauert es nicht mehr allzulange, daß auch die unter unsrer Massenangehörigen zur Besinnung kommen, die heute noch nach dem Grundgesetz handeln: Es muß alles vernünftig werden! Wenn dies nicht geschieht, so wird Deutschland bald zusammenbrechen und das deutsche Volk wird aus der Reihe der Kulturvölker gestrichen werden. Dann aber werde denen, die die Schuld daran tragen!

**Bauarbeiterstreik für Baden.**

Für das Gebiet des Bundeslandes Baden wurde am 26. März ein neues Gesetz erlassen mit dem Ziel, Verordnungen, den Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Arbeitsverletzungen. Dieses neue Gesetz enthält 115 Paragraphen und ist in 28 Abschnitte eingeteilt. Im ersten Abschnitt, „Allgemeines“, ist bestimmt, was für Verletzungen der arbeitenden Personen haben, wie die Bestimmungen, Maschinen, Geräte, Anlagen usw. beschaffen sein müssen. Eine gute Vorrichtung findet sich im § 12, der vorschreibt, bei welchen Arbeiten Schutzbrillen zu tragen sind, indem vorgeschrieben wird, daß der Unternehmer diese Schutzbrillen zu liefern hat. Der § 16 bestimmt, daß eiserne Konstruktionen, alle Dacharbeiten, Arbeiten auf Weiden und Leiterarbeiten, Arbeiten an oder in unmittelbarer Nähe von Stromleitungen und Arbeiten bei künstlicher Beleuchtung nicht in Alford ausgeführt werden dürfen.

Der Genuß geistiger Getränke und der Handel mit diesen auf Baustellen und in Werkstätten ist während der Arbeitszeit verboten. Betrunkene Personen dürfen sich nicht in Betriebe aufhalten.

Der Abschnitt II „Vorfürge für Verletzte“ bestimmt neben sonstigen Vorschriften, daß auf jeder Arbeitsstelle, auf der mehr als 5 Personen beschäftigt sind, das notwendige Verbandszeug sein muß. Bei Arbeiten, die in der Nähe von elektrischen Freileitungen vorgenommen werden, bei Hochspannung auch bei isolierten Leitungen und Apparaten, muß vor Beginn der Arbeit der Strom ausßer den bisherigen Bestimmungen hinaus auch da genaugen, wo über die Gefährdung ist. Freileitungen sind im Baubetrieb müssen mindestens 3 m über dem Erdboden, oder mindestens 2,50 m von Säulen, Ausbauten, Fenstern und sonstigen, dem menschlichen Verkehr zugänglichen Stellen entfernt angelegt sein. Jede Balken- und Trägerlage, auf der gearbeitet wird, muß entweder sofort nach ihrer Verlegung ausgetauscht, betonierte, gewölbt oder vollständig mit Brettern abgedeckt werden. Kletter müssen abgedeckt werden, auch wenn keine Balken- oder Trägerlage vorhanden ist. Bei Bauten ohne Zwischenwände kann statt der vollständigen Abdeckung eine solche in mindestens 2 m Breite von den Umfassungswänden gelegt werden. Wird diese Breite auch da genaugen, wo über die Hand gemauert wird? Bei Eisenhochbauten wurde bisher besonders leistungsfähig verfahren. Nun ist diesen Arbeiten in dem vorliegenden Gesetz ein besonderer Abschnitt gewidmet, in dem den betreffenden Unternehmern vorgeschrieben wird, daß sie vor dem Beginn der Arbeiten an Hand der Bauzeichnungen nachzuweisen haben, wie die Arbeiter vor Umfällen geschützt werden sollen.

Die Ueberwachung der Einhaltung der Schutzvorschriften ist der wichtigste Teil des Gesetzes. Verufen zur Ueberwachung sind die Baupolizei und sonstige amtliche Organe. Alle Bau- und Arbeitsstellen sind regelmäßig wöchentlich einmal, größere Bauten zweimal, ohne vorherige Ankündigung durch die Baupolizeibeamten, zu besichtigen. Daneben laufen dann noch besonders angeordnete Baupolizeien. Bei kleineren Baustellen in Dorf- und Landgemeinden genügt alle 2 Wochen eine Kontrolle. Die Kontrolle erstreckt sich auch auf die Bauten, die einer baupolizeilichen Genehmigung nicht bedürfen. Zu besonderen Kontrollen sind vorzuziehende Personen aus dem Kreise der Bauarbeiterschaft zu berufen, die durch längere praktische Tätigkeit die nötigen Kenntnisse besitzen. Die Vorfürge der Berufsorganisationen sind dabei in erster Linie zu berücksichtigen.

Das neue Gesetz, dessen Inhalt wir hier nur auszugsweise wiedergeben können, bedingt eine Reihe von erheblichen Uebungen einen sehr großen Fortschritt. Die seit Jahrzehnten von der Bauarbeiterschaft erhobenen Forderungen bezüglich der Unfallverhütung sind darin in weitgehendstem Maße berücksichtigt. Es wird zweifellos dem badischen Baugewerbe zum Segen gereichen. Wir können nur hoffen, daß andere Teile Deutschlands recht bald mit gleichwertigen Gesetzen nachfolgen.

**Die Generalversammlung der Maler.**

Die 16. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Züncker und Weißbinder Deutschlands tagte vom 16. bis 21. Juni in Würzburg. Sie hatte eine Fülle von Arbeit zu erledigen, wobei die Auseinandersetzung über die Arbeitspolitik der Gewerkschaften und die damit zusammenhängenden Fragen allen 2 Verhandlungstage in Anspruch nahmen.

In dem Rednerischen Bericht des Vorstandes gab Verbandsvorsitzender Streine, Hamburg, ein Bild von der Verbandsstätigkeit seit der letzten Generalversammlung. Er schilderte die Schwierigkeiten, die der Krieg herbeigeführt und herbeizuführen drohte, die wirtschaftliche Entwicklung, die der Verband nun wieder nimmt. Der Verband zählt gegenwärtig rund 37 000 Mitglieder, gegenüber dem höchsten Stand von 6200 während der Kriegszeit. Nach dem Statutenbericht von Wenter, Hamburg, hat sich das Verbandsvermögen etwas erhöht, es beträgt 823 805. Den Bericht der Reichsleitung gab Mark, Hamburg, der betonte, die Schreibweise sei bei eingestelltem gewesen, daß die Gewerkschaft eine Schule für den Sozialismus sein soll.

Die Diskussion über die Berichte füllte fast 2 Beratungstage aus. Dabei prallten die parteipolitischen Meinungen hart aufeinander. Der Aussprache lag in der Hauptsache eine Berliner Entscheidung zugrunde, die von der Opposition in Leipzig, Bremen, Göttingen und München unterstützt war, und scharfe Kritik an den Maßnahmen der Generalkommission und der Vorstände übte. Die ganze Politik dieser Vorkommnisse stelle eine Seite von Weichen an den Interessen der Arbeiterbewegung dar, die nicht sofort genug gerügt werden könne. Eingeleitete Delegierte traten dafür ein, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht zum Tummelplatz für politische Streitigkeiten gemacht werden dürften. Der Vertreter der Generalkommission, Silberstein, Berlin, verteidigte in ausführlichen Darlegungen die Politik der Generalkommission, deren ganze Maßnahmen von dem Schranken geteilt gewesen seien, um die Interessen der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterkraft zu wahren und zu fördern. Bei der Abstimmung stimmten für die Berliner Resolution 20 Delegierte mit 9743 Mitgliedern, dagegen 46 Delegierte mit 19 504 Mitgliedern; sie wurde also mit großer Mehrheit abgelehnt. Gegen 18 Stimmen, bei Stimmenthaltung des Vorstandes und der Gauleiter, wurde dann eine Vermittlungsresolution angenommen, in der es heißt: „Die Streikpolitik der Generalkommission und der Verbandsvorstände wird von der Generalversammlung nicht in allen Teilen gebilligt. Sie nimmt jedoch an, daß diese Politik sich von dem Versehen getragen war, das Verleite für die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse zu erreichen.“ Die Entschiedenheit spricht sich ferner für die Einigung der Arbeiterklasse auf sozialistisch-revolutionärer Grundlage als dringende Notwendigkeit aus.

Neben die Aufgaben des Verbandes in der Baukunst hielt am vieren Verhandlungstage Streine, Hamburg, ein instructives Vortrags. Dessen waren Wichtigkeit zu Grunde gelegt, die die Förderung der Einigung zur Gemeinwirtschaft durch die Betriebsdemokratie bis



keiten. Ein nicht zu verkennendes Verlangen stellte der Bauleiter auf dem Bauamt in Weimar, Herr Baumeister K. K. K. zu seinen zu ernennen. Er verlangte am 1. Juni die Verlängerung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden. Da dieses nicht gelang, wurde sich Geisler am 1. Juni an die Regierung in Weimar, um den Verlangten an sich von 14, um 10 Stunden zu vermindern. Die Regierung, die er dabei machte. Er sagte, bei dem nun minimalen Arbeitsmaß der bei ihm beschäftigten Bauleiter ist es nicht möglich, die Bauten zu gegebener Zeit ihren Bestimmungen zu übergeben. Die Leute, so sagte Geisler, waren mit Kopf bereit, die 2 1/2 Stunden täglich zu leisten, aber das ist kein in Ostpreußen übliches Arbeitsmaß zu Ehren gekommen, der die Leute unter Ausnutzung von Strafe davon abgehalten hat. Dies ist die Ursache an die Regierung. Herr Geisler! Die Ostpreußen-Bauleiter sind nicht gewillt, den erst vor kurzem abgeschlossenen Vertrag mit jenen zu trennen, noch weniger aber sind sie willens, sich noch länger als 8 Stunden am Tage als ganz taube Arbeiter hinsetzen zu lassen. Aber glaube vielleicht Geisler, daß dem verhassten Arbeiterführer gleich ein Staatsanwalt ins Gesicht spritzen würde? Unsere Kollegen werden sich hüten, ihm zu Gefallen zu handeln, da er nicht einmal gewillt ist, Kollegen, die von außerhalb zur Arbeit zugezogen werden sollen, eine längere Arbeitsdauer zu gewährleisten. Sonst geht es bei uns nicht ab, konnten wir doch in diesem Quartal über 300 neue Mitglieder gewinnen. Auch unter den Erdarbeitern der Flußbaubehaltung ist es lebendig geworden. Die ungenügende Entlohnung von 60 bis 110 M für die Stunde hat diese Arbeiter in eine ungeheure Notlage versetzt. Die neuen Wirtschaftsbedingungen und die Schwere der Arbeit hätten die Flußbaubehaltung schon längst veranlassen müssen, diese hohen Löhne zu erhöhen. Das trifft auch bei den Zäuberern bei Goldentraum zu, wo die Regierung schon längst weiß, daß der private Unternehmer nicht mehr als 1 M für die Stunde zahlen darf. Wenn Bauleiter der Regierung sagen, dies seien Notstandsarbeiten, die nicht höher entlohnt werden können, so ist nicht zu begreifen, warum Arbeiter, die der Not entzogen, nicht auch der Not entsprechend entlohnt werden können.

**Überbau.** Seit dem 12. Juni haben die fleißigen Kollegen im Streit, weil die Unternehmer unsere für die letzte Zeit geringen Gehaltsforderungen ablehnten. Wir fordern für Maurer 1,50 und für Hilfsarbeiter 1,70 pro Stunde. Den Vereinsvorstand der Unternehmer getroffen wurden, wollen sich die 3 Unternehmer in Überbau gleichfalls nicht fügen. Da alles weitere Verhandeln ergebnislos blieb, so mußten wir schließlich die Arbeit einstellen.

**Reisekosten eines Spariatusbongens.**  
Die „Bauarbeiter-Zeitung“ brachte in ihrer Nummer 26 einen Bericht über die Reisekosten eines spariatistischen Bergarbeiterdelegierten, der ein großes Schlaglicht auf die wirtschaftliche Stimmung dieses Berufs wirft. Es wird dort mitgeteilt, daß das von der Zeche Hannibal 1, im Winterrevier gefahren, nach Weimar dasjenige Betriebsmitglied Wittenhori folgende Reisekosten verzeichnete: Für die Reise von Bochum nach Weimar 1,80 M für die 2. Klasse 1,80 M, für 2 Wagen 1,10 M, für eine Krawatte 1,80 M, für einen verbrannten Leberstecker 1,20 M. Obwohl die Reise nur 3 Tage dauerte, verzeichnete er 3,90 M für 41 Tage, pro Tag 1,25 M = 51,25 M. Zusammen hätten also die Reisekosten für 3 Tage 1,10 M betragen. Wittenhori hatte aus der Arbeiterunterstützungskasse der Zeche 1.000 M Reisekosten erhalten, er hätte also 11,89,50 zurückzahlen müssen. Das ist er jedoch nicht, sondern er verzeichnete diese Summe für seine „erfahrenen Hilfe“. Warum an seinen eigenen Gehalt aus 89,50 erziehen ist und nicht für 11,90 oder 100, das wird natürlich sein Geheimnis bleiben.  
Wittenhori ist „schon“ seit November 1918 gewerkschaftlich organisiert, er gehörte seit dieser Zeit zu den größten Hühnern im Kampfe gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes und, wie sich jetzt zeigt, von seinem Standpunkt aus mit Recht. Hatte der Vorstand mit den Verbandsmitgliedern so gewerkschaftlich wie Wittenhori mit den Reisekosten, hätten die Vorstandsmitglieder ihr Amt zu ihrer persönlichen Bereicherung benutzt, dann würde er sich mehr zu ihnen hingezogen fühlen. Aber als Dieb muß er die ehrlichen Männer lassen. Wären die Vorstandsmitglieder ebenfalls Diebe, so hätte er vielleicht auch gefürchtet, aber dann doch nur „am auch mal dran zu kommen“. In einer Besprechungsvorstellung wurde übrigens auch der Antrag angenommen, gegen Wittenhori Strafantrag wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung zu stellen, weil er sich bei der Auszahlung von Reisekosten hat grobe Unregelmäßigkeiten zuzuschreiben kommen lassen.

Ein krautiges Bild. Monatlang hat also die Belegschaft diesem ungewissen Subjekt Gefolgschaft geleistet. Sie haben ihm zugestimmt, wenn er in den Belegschaftsversammlungen ihren Verbandsvorstand, der aus Männern besteht, die jahrgeltingel treu und ehrlich ihren Interessen dienen, in den Kot jog. Dagegen ist fast ganz unklar unter ihnen war, wählten sie nicht einen der alten, ehrenhaften Lumpen zu ihrem Vertrauensmann, sondern diesen Lumpen. Warum? Weil er den Mund am weitesten aufriß und am besten schimpfen konnte. Während in einem Monat lang fast ohne Unterbrechung freuten, berechnete er sich pro Tag 1,25 bezahlten. Das Gewinnen der Bergleute von Zeche Hannibal aus ihrem Zimmervorstande war nicht sehr hoch.

### Vom Bau.

**Submissionsliste.** In Hagen i. W. wurde vor kurzen der Bau von 205 in Doppelfass aus Zornhöfen verdingt. Dazu waren folgende Angebote eingegangen: Robert Topp, Hagen, forderte 1,57 618, Heinrich Wiethe, Hagen, forderte 1,42 408, Wilhelm Dudge, Hagen, forderte 1,190 785, Julius Bergen, Hagen, forderte 1,133 686, H. Wiethe, Hagen, forderte 1,145 468 und vom Hof & Weinberg, Hagen, forderte 1,169 549. Der Unterschied zwischen höchster und niedrigster Forderung beträgt demnach „nur“ 1,81 931. In einer Baugewerkschaft? Wahrscheinlich hat niemand von diesen Unternehmern kalkuliert, sondern sie haben alle getulit; in der Hoffnung, daß sich nachher schon irgend ein Glücksfall einstellen wird, der ihnen hilft.

**Bestimmung neuer Meisterlöhne für das Groß-Berliner Baugewerbe.** Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin hat vor sich einen Monat die Preise festgesetzt, die die Kunden bei etwaigen Zeitarbeiten pro Stunde haben, für einen Beschäftigten an den Unternehmer zu zahlen haben. In der Zeit vom 17. Mai bis 30. Juni beträgt dieser Preis für eine Maurer- oder Zimmererlöhne 1,40 M, für eine Zementierlöhne 1,30 M, für eine Fuhrerlöhne 1,45 M, für eine Steinträger- oder Tischlerlöhne 1,35 M, für eine Hilfsarbeiterlöhne 1,35 M und für eine Schlichterlöhne 1,15 M. Vom 1. Juli an für alle 5 M. Das „Meistergelt“ beträgt also nach dieser Festlegung „pro Stunde“ 1,10 M über pro Tag 8 M. Davon hat der Unternehmer neben seinem Anteil an den Versicherungsbeiträgen seine Geschäftskosten zu decken. Man kann man die letzteren der Zeit entsprechend hoch ansetzen, so bleibt doch für den Meister noch ein recht reichlicher Verdienst. Wenn man diesen vergleicht mit dem, was von den Unternehmervertretern stets bei Verhandlungen über Arbeiterlöhne geendet wird, so ergibt sich, daß die Unternehmer gar keine Sorge haben, ihre eigenen hohen Löhne könnten die Bauqualität hemmen.

### Soziale Rechtsprechung.

**rd. In welcher Form hat der erkrankte Kassenangehörige das für den Fall seiner Erkrankung zu beweisende? Ein erkrankter Kassenangehöriger (sich) sich von einem Naturarzt behandeln. Für die Zeit der Krankheit verlangte der Erkrankte Krankengeld, in dessen Verweigerung die Kasse die Bezahlung mit der Begründung, der Kassenangehörige habe den Beweis seiner Erkrankung nicht, wie es in dem Kassenstatut vorgeschrieben sei, durch Einreichung eines vom Naturarzt ausgestellten Krankenscheines erbracht. Das Versicherungsamt, bei dem der Kassenangehörige gegen die Kasse klagte, stellte durch Vermittlung des in Weimar sitzenden Naturheilkundigen und mehrerer Mitarbeiter des Kassenangehörigen fest, daß letzterer tatsächlich in der fraglichen Zeit krank gewesen sei, und daraufhin verurteilte es die beklagte Kasse zur Zahlung. Auch das Reichsversicherungsamt, das in letzter Instanz über den Fall zu entscheiden hatte, nahm einen dem Kläger günstigen Standpunkt ein. Im Verfahren vor den Zuständen der Reichsversicherungsordnung — so heißt es in den Gründen —, sind grundsätzlich alle Beweismittel, mit Ausnahme des Parteieides, zugelassen. Dies gilt auch für den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit, der die Voraussetzung für die Gewährung des Krankengeldes bildet. Im allgemeinen wird bei der Prüfung des Gesundheitszustandes eines Verletzten den sachverständigen Gutachten approbierter Ärzte allerwärts besondere Bedeutung beizulegen sein, wenn sie auch die Zustände nicht binden. Es wird daher die Bezahlung des Krankengeldes in der Regel“ gegen Vorlegung eines vom Naturarzt ausgestellten Krankenscheines erfolgen; in dessen Fall ist es auch möglich, den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit auf andere Weise als durch Vorlegung eines förmlichen Zeugnisses zu erbringen. Wenn die beklagte Kasse entgegensteht auf ihr Kassenstatut verweist, wonach die Arbeitsunfähigkeit ganz allgemein nur durch einen vom Naturarzt ausgestellten Krankenschein zu erfolgen habe, so ist dies eine unzulässige Befristung des Grundlages der freien Beweiswürdigung. Das Versicherungsamt war jedoch besorgt, zeigen über den Gesundheitszustand des Klägers zu hören. Da die einmündigen Bestimmungen im vorliegenden Fall ausreichen, um den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit des Klägers in der fraglichen Zeit als erbracht anzusehen, so rechtfertigt sich die Verurteilung der beklagten Kasse zur Zahlung des Krankengeldes. (Reichsverw., VIII, II K. 196/18.)**

### Bücher und Schriften.

Ein praktischer Vorschlag zur Neuorganisation des Submissionswesens. Herausgegeben und zu beziehen von der W. B. D. in der 35. Heft, Eisen, Trenntafel 19, Preis 1 M. Die 35 Seiten starke Broschüre enthält in der Hauptsache einen Vortrag, den Herr Baugewerksmeister V. S. H. v. a. z. Dortmund, vor dem sachlichen Ausschuss des Baugewerks in der Zeit der Handwerkerkongresse in Weimar und Arnberg hielt. Es werden darin die Mängel bestritten, die das bisherige Submissionsverfahren zweifellos enthält, und unter dessen Bedingungen auch die Bauarbeiter oftmals schwer leiden mußten. Es ist richtig, was Herr Schwarz sagt, bei den bisher angewendeten Verfahren war die Übernehmung von Submissionsleistungen fast ausschließlich von Verschwendung. Der fruchtloseste Spulstoff war Meister. Und merke er später, daß er sich verpöbelte hatte, so suchte er sich durch Aufschubarbeit und andere Betrügereien zu retten. Die kleine Schrift enthält mancherlei auch für unsere Kollegen schätzbaren Material. Besonders den Kollegen, die als Verbandsvertreter oder in Staats- und Gemeindeverwaltungen tätig sind, empfehlen wir sie zum Studium.

**Natgeber für Kriegsbeschädigte.** Von Erich Mann, Referent im Reichsarbeitsministerium. Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin SW., Wilhelmstraße 9. Preis 1,50. Diese Schrift ist ein wertvolles Hilfsmittel für alle Fragen der Dienstvermittlung und sonstiger Hilfen für Kriegsbeschädigte. Alle bis Anfang Mai erlassenen Gesetze und Verordnungen, die sich mit diesen Angelegenheiten betreffen, sind darin übersichtlich. Sie kann daher jedem Interessierten bestens empfohlen werden.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 22. bis 28. Juni haben folgende Vereine Gebot an die Hauptkasse geleistet: Hülfsdorf 1,78,50, Göttinge 1000, Friedland 100, Gummersbach 1500, Gera 2000, Hannover, Müden 500, Hagen 2500, König 153,60, Loth 141,40, Mainz 1000, Neuhaus 243, Neuba 200, Odenburg (Groß), 4000, Prenzlau 500, Pörsch 500, Stolp 800, Spanbau 1000, Stahlfeld 700, Trebitz 604, Weiten 2,20, Warden 1000, Wobkau 125, Witzburg 5800, Wühlitz 450, Wühlitz (von hingefandter Streifenunterführung zurück) 11,82.  
Der Vorstandsvorstand.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt S. 14.)

- Aumberg.** (M. n. s. f. e. l. d.) Am 21. Juni starb das Mitglied **Hermann Groschupp** im Alter von 63 Jahren an Grippe und Lungenentzündung.
- Auerbach i. W.** Am 16. Juni starb unser Kollege **Otto Max Klesing** (Hilfsarbeiter) in P. o. b. e. w. i. d. i. W.
- Berlin.** Am 16. Juni starb unser Mitglied **Kasimir Bittermann** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Herzschlag.
- Bielefeld.** Am 25. Juni starb unser Kollege **Albert Schröder** (Hilfsarbeiter) im Alter von 19 Jahren.
- Bitterfeld.** Am 18. Juni starb unser Kollege **Otto Rabald** aus S. o. l. z. e. i. f. i. g. an Typhus.
- Am 21. Juni starb unser Kollege **Carl Schmidt** (Maurer) im Alter von 28 Jahren.
- Dauzig.** Am 19. Juni starb unser Kollege **Otto Peters** (Hilfsarbeiter) im Alter von 32 Jahren durch Ertrinken beim Baden.
- Decoblen.** Am 12. Juni starb unser Mitglied **Arthur Kluge** (Maurer) aus R. o. l. o. f. s. c. h. e. im Alter von 38 Jahren an Bronchitis.
- Am 18. Juni starb unser Mitglied **Friedrich Kiewewalter** (Hilfsarbeiter) aus D. i. e. n. d. o. r. f. im Alter von 56 Jahren an Untererkrankung.
- Am 14. Juni starb unser Mitglied **Karl Fiedler** (Hilfsarbeiter) aus N. a. d. e. b. e. l. durch Unfall.
- Am 14. Juni starb unser Mitglied **Franz Kuhl** (Hilfsarbeiter) im Alter von 55 Jahren an Lungentuberkulose.
- Am 17. Juni starb unser Mitglied **Ernst Schneider** (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Magenleiden.
- Duisburg.** Am 25. Juni starb der Kollege **Georg Paster** (Hilfsarbeiter) durch Unfall.
- Franfurt a. M.** (W. a. n. b. o. r. n.) Am 10. Juni starb unser treuer Kollege und langjähriger Zahlstellenleiter **Christ. Fabry** im Alter von 43 Jahren infolge einer schweren Operation.
- Hannau a. B. W.** Am 24. Juni starb unser Kollege **Heinrich Sommermer** aus R. i. c. h. t. o. b. l. i. e. n. durch Unfall. Nach lebenslänglicher Soldatentätigkeit wurde er aus dem Bfllerrang zu den Seinen zurückgeführt, um nun hier sein junges Leben zu lassen.
- Leipzig.** Am 19. Juni starb unser Kollege **Ernst Patzschke** (Maurer) im Alter von 44 Jahren an Herzschlag.
- Lützen.** Am 11. Juni starb unser Kollege **Gustav Herm** an Magenleiden. Er war Mitbegründer unseres hiesigen Vereins.
- Magdeburg.** Am 25. Juni ist der Kollege **Ludemann** beim Baden ertrunken. Am 21. Juni starb der Kollege **F. Hlo** an Lungentuberkulose.
- München.** (W. e. l. e. n. d. e. a. i. n.) Am 2. Juni starb unser Kollege **Johann Dirlfellner** (Maurer) im Alter von 36 Jahren an Lungentuberkulose. (N. y. n. p. e. n. b. u. r. g.) Am 26. April starb unser Kollege **Josef Siebler** (Maurer) im Alter von 35 Jahren an Lungentuberkulose. (S. a. b. u. i. e. r. e. l.) Am 9. Juni starb unser Kollege **Jakob Mier** (Hilfsarbeiter) im Alter von 47 Jahren an der Prostatierkrankheit. (C. a. i. m.) Am 4. Juni starb unser Kollege **Franz Häusler** (Einfachler) im Alter von 59 Jahren an Herzkrankheit.
- Münster i. W.** Am 17. Juni wurde aus Anlaß einer Lebensmitteldemonstration unser Kollege **W. H. Helling** (Hilfsarbeiter) im Alter von 68 Jahren von einem Regierungssoldaten erschossen.
- Plauen i. V.** Am 26. Juni starb unser Mitglied **Albin Roth** (Maurer) im Alter von 58 Jahren an Krebs.
- Niefa.** Am 17. Juni starb unser Kollege **Ernst Müller** (Maurer) aus P. o. t. i. t. h. im Alter von 66 Jahren an Lungentuberkulose.
- Weimar.** Am 19. Juni starb unser langjähriger Mitglied **Walter Jungmann** (Maurer) an Lungentuberkulose.
- Weißensee.** Am 16. Juni starb unser Mitglied **Richard Zahn** (Hilfsarbeiter) im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose.
- Wunzig.** Am 12. Juni starb unser Mitglied **Arthur Geisler** (Maurer) im Alter von 36 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

### Veranstaltungen.

Berlin. (Sektion der Bau- und Erdarbeiter.) Dienstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, bei Böcker, Weckerli 17. Sehr wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

